

Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der
Katholischen Sozialwissenschaftlichen
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 173

Das Scheitern des Sozialismus

von Martin Kriele

J.P. Bachem Verlag

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ behandelt jeweils aktuelle Fragen aus folgenden Gebieten:

- Kirche in der Gesellschaft
- Staat und Demokratie,
- Gesellschaft
- Wirtschaft
- Erziehung und Bildung
- Internationale Beziehungen / Dritte Welt

Die Hefte eignen sich als Material für Schul- und Bildungszwecke.

Bestellungen sind zu richten an die
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Viktoriastraße 76
4050 Mönchengladbach 1

Redaktion:
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Mönchengladbach

Die demokratische Revolution in Osteuropa hat auch bei uns im Westen einen Lernprozeß ausgelöst. Die siebziger und achtziger Jahre waren geprägt von einer Grundhaltung, die man als „Relativismus der Systeme“ bezeichnen kann. Das bedeutet: der Westen und der Osten, die Demokratie und der Sozialismus hätten ungefähr gleichviel gute und schlechte Seiten; wenn man sie gegeneinander verrechne und Bilanz ziehe, so seien sie im großen und ganzen gleichwertig. Hier gebe es zwar mehr Freiheit und Demokratie, dafür aber mehr soziale Ungerechtigkeit, größere ökologische Probleme, mehr Materialismus und eine Ausbeutung der Dritten Welt, die zu ihrer Verarmung führe. Im Osten gebe es zwar weniger Freiheit und Demokratie, dafür aber mehr soziale Sicherheit und Gleichheit, mehr Idealismus, mehr Frauenemanzipation, mehr Solidarität mit der Dritten Welt, die sich in der militärischen und politischen Unterstützung der Befreiungsbewegungen ausdrücke.

Der „Relativismus der Systeme“

Auch wenn wir persönlich durch unser individuelles Leben dem Westen den Vorzug geben mögen, so müßten wir doch zu einem unparteiischen Urteil, gewissermaßen aus der Vogelperspektive, fähig werden und gerechterweise anerkennen, daß beide Systeme gleich gut seien und sich deshalb gegenseitig nicht nur als völkerrechtlich gleichberechtigt, sondern auch als moralisch gleichwertig anerkennen sollten. Selbst wenn es uns schwerfalle, diese Gleichsetzung nachzuvollziehen, so sei es doch zumindest geboten, so zu tun, als seien beide Systeme gleichwertig, und diese Fiktion zur Grundlage unseres politischen Denkens zu machen. Denn nur auf diese Weise könnten wir Frieden und Entspannung gewährleisten, uns im Wettkampf der Systeme wechselseitig mit unseren jeweiligen Vorzügen durchdringen und zu Kooperation und Abrüstung finden.

So etwa läßt sich der Grundgedanke zusammenfassen, der unsere Medien und unsere Bildungssysteme beherrschte und der vor allem unserer Jugend eingepreßt wurde. Um diesem Grundgedanken Überzeugungskraft zu verleihen, war es üblich, Mißstände in den sozialistischen Systemen, wenn nicht zu verschweigen, so doch zumindest teilweise zu beschönigen und herunterzuspielen, hingegen uns Mißstände im Westen so nachdrücklich vor Augen zu führen, daß die Legitimität der demokratischen Staaten in weiten Kreisen, vor allem der Jugend, in Frage gestellt wurde. Wer versuchte, diese Legitimität zu begründen und zu verteidigen, sah sich in der Öffentlichkeit weitgehend im Stich gelassen: dies galt als eine „konservative“ Position.

Die neuen Reismöglichkeiten haben den Menschen in West und Ost eindringlich vor Augen geführt, daß westliche Demokratie und östlicher Sozialismus in Wirklichkeit keineswegs gleichwertig waren. Vielmehr beruht die

westliche Demokratie auf den Erkenntnissen der politischen Aufklärung über die Bedingungen, unter denen die Menschen friedlich und freundlich miteinander leben und den Staat vernünftig gestalten können. Der Sozialismus hingegen beruhte auf einer prinzipiellen Verkennung der Natur des Menschen und konnte deshalb zwangsläufig nur in Unglück und Elend führen. Es gibt zwar eine völkerrechtliche Gleichberechtigung der Staaten unabhängig von ihrem politischen System; und das ist um des Friedens willen unentbehrlich. Es gibt aber keine Gleichwertigkeit von Erkenntnis und Torheit, von Wahrheit und Irrtum, von politischer Aufklärung und sozialistischer Propaganda oder gar von Redlichkeit und Verlogenheit und deshalb auch keine Gleichwertigkeit von westlicher Demokratie und östlichem Sozialismus. Was die politischen Aufklärer der Gegenwart seit langem wissen, ist mit einem Mal zur allgemeinen Erkenntnis geworden, nämlich in welchem unvorstellbarem Ausmaß die Menschen seit der Leninschen Oktoberrevolution, also seit mehr als siebenzig Jahren, irregeführt worden sind. Das sozialistische System beruhte von seinen Wurzeln her auf Wahnideen, die die Wirklichkeit verstellten. Jetzt dämmert allmählich die Erkenntnis herauf, daß die Ideale von Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und mitmenschlicher Solidarität, die man für die Ideale der sozialistischen Weltrevolution hielt, in Wirklichkeit die Ideale der Demokratischen Weltrevolution sind. Der Sozialismus führte uns der Verwirklichung dieser Ideale nicht näher, er machte sie vollends unerreichbar. Er war nicht die Menschheitsrevolution, sondern die Reaktion, die Gegenrevolution schlechthin. Er wollte, mit einem Wort von Karl Marx, Zustände überwinden, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes, verächtliches Wesen ist“. Er führte jedoch zwangsläufig in Zustände, in denen der Mensch als ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes, verächtliches Wesen behandelt wurde. Nur die demokratische Revolution kann ihn daraus befreien.

Wir wissen das aus siebenzig Jahren Erfahrung. Aber es kommt darauf an, den Grund dafür auch theoretisch zu verstehen. Denn wenn man ihn nicht versteht, gerät man in die Gefahr, sich einer neuen Illusion hinzugeben: der Illusion, nicht der Sozialismus sei gescheitert, sondern nur eine Form seiner Ausgestaltung, nicht der Marxismus-Leninismus, sondern nur der Stalinismus; jetzt gälte es, den wahren Sozialismus zu finden und durchzusetzen. Wenn man dieser Illusion verfällt, kann das nur dazu führen, mit den Menschen abermals Experimente zu machen, die vielleicht nicht so schlimm aussehen, die aber jedenfalls die Annäherung an Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nur wieder weiter hinauszögern.

Erfahrungen macht man nur, wenn man Erlebnisse und Beobachtungen auch richtig interpretiert. Dazu bedarf es des theoretischen Rahmens, der sie sachgerecht zu erklären vermag.

Zum Öko-Sozialismus

Zwei Beispiele mögen das verdeutlichen: Zunächst das Problem der Ökologie. In den letzten Jahren hat sich zunehmend die Vorstellung verbreitet, der Sozialismus biete eine günstigere Bedingung für die Lösung ökologischer Probleme als der westliche „Kapitalismus“. Dieser habe nämlich die ökologischen Probleme erst herbeigeführt und könne sie also nicht beheben: Die Wirtschaftsmächte seien so stark, daß sie den Gesetzgeber „kaufen“ könnten, um umweltschützende Auflagen abzuwenden. Sei aber der Kapitalismus das Problem, so sei folglich der Sozialismus die Lösung. – Erst die neuen Reismöglichkeiten haben vielen die höchst unterschiedliche ökologische Situation in Ost und West vor Augen geführt. In den sozialistischen Staaten ist sie nicht nur wesentlich schlimmer als im Westen, sie ist geradezu katastrophal: die Luftbelastung, die Wasserverschmutzung, das Waldsterben, die chemische Vergiftung, die Gefährdung durch Atomkraftwerke und andere Industrieanlagen haben ein für westliche Begriffe völlig unvorstellbares Ausmaß. Im Vergleich dazu funktioniert der Umweltschutz im Westen, obschon zwar gewiß unzulänglich, so doch ganz erheblich viel besser. Viele, die sich idealistisch für ökologische Fragen engagieren, fallen aus allen Wolken.

Es wäre eine neue Illusion, wenn man sich nun einreden wollte, die katastrophale Umweltsituation in den sozialistischen Staaten beruhe darauf, daß der Sozialismus inkonsequent oder falsch gehandhabt worden wäre. Sie ist vielmehr eine zwangsläufige Folge des Sozialismus, und zwar aus mehreren Gründen, von denen zwei hervorzuheben sind. Einmal: im Sozialismus sind Staat und Wirtschaft identisch. Unter diesen Umständen gibt es keine Kontrolle des Staates über die Wirtschaft. Die Umwelterfordernisse treten fast immer zurück. Sodann: Der Sozialismus produziert nicht Wohlstand, sondern Armut. Wohlstand ist aber eine Voraussetzung zur Lösung von Umweltproblemen: er erlaubt den Unternehmen, den zum Teil sehr kostspieligen Anforderungen Rechnung zu tragen, und er verschafft dem Staat die Steuermittel, die ihn zu eigenen Umweltinvestitionen befähigen. Nur wenn man dies verstanden hat, steht man nicht nur staunend vor einer unbegreiflichen Wirklichkeit, sondern lernt, daß schon allein aus ökologischen Gründen die westliche Demokratie dem östlichen Sozialismus vorzuziehen ist.

Die ökosozialistische Illusion hätte sich nicht in diesem Maße ausbreiten können, wenn wenigstens die westlichen Medien ihre Informationspflicht wahrgenommen hätten. Voraussetzung für diese Ausbreitung war, daß sie durch die Berichterstattung gewissermaßen abgeschirmt wurde. Zwar konnten die Fachleute den Unterschied der Umweltsituation in Ost und West, aber einer breiteren Öffentlichkeit wurde dieses Erkenntnis vorenthalten, einfach indem über die wirkliche Situation in den sozialistischen Staaten, wenn überhaupt, dann nur spärlich und beschönigend berichtet worden ist.

Der Sozialismus löst keine sozialen Probleme

Ähnlich wie mit den ökologischen ist es mit den sozialen Problemen. Jahrelang wurde den Menschen von westlichen Medien und Bildungseinrichtungen eingeredet, es gehöre zu den Vorzügen der sozialistischen Systeme, daß sie mehr soziale Gleichheit und Sicherheit gewährleisteten. Sozialismus galt, trotz all seiner Schattenseiten, als ein Weg zur Lösung sozialer Probleme. Das sollte vor allem für die Länder der Dritten Welt gelten. Eine realistische Analyse der Armut in der Dritten Welt unterblieb im allgemeinen, sei es aus Unfähigkeit, sei es in politischer Absicht, nämlich, um den sozialistischen sogenannten Befreiungsbewegungen der Dritten Welt Unterstützung zuzuführen. Die Tatsache, daß die sozialistischen Systeme etwa in Afrika oder Lateinamerika nichts dazu beigetragen haben, die Armut zu beheben, ja daß sie diese im Gegenteil schlimmer gemacht und die Menschen in ein unvorstellbares Elend geführt haben, wurde uns im allgemeinen ebenfalls vorenthalten. Ebensovienig wurde uns über die unterschiedliche soziale Situation etwa in der DDR und der Bundesrepublik berichtet.

Erst durch die neuen Reisemöglichkeiten wurde weiteren Kreisen in der Bundesrepublik bekannt, wie katastrophal die soziale Situation in den sozialistischen Ländern ist, und in der DDR, wie vergleichsweise günstiger sie in den westlichen Demokratien ist. Die Menschen lernen z. B., daß in der Bundesrepublik die ärmsten Sozialhilfeempfänger, Rentner und Arbeitslose mehr Realeinkommen haben als ein Facharbeiter in der DDR hatte. Gewiß, es gibt in der DDR einige soziale Errungenschaften. Diese pflegte man stark herauszustellen, da sie die Unzuträglichkeiten des sozialistischen Systems ausgleichen sollten. Doch die wirkliche soziale Situation, z. B. die eines Rentners in der DDR, wurde den Westbürgern vorenthalten. Umgekehrt meinten die DDR-Bürger, im Westen lebe ein Drittel der Bevölkerung im bittersten Elend. Sie hatten das zwar ihrer eigenen Propaganda nicht geglaubt, wohl aber den westlichen Medien, die ihnen diesen Eindruck mit ihrem Gerede von „Zweidrittel-Gesellschaft“, „Sozialabbau“, „Ellenbogengesellschaft“ und „Umverteilung von unten nach oben“ vermittelt hatten. Auch hier fallen die Menschen jetzt in Ost und West aus allen Wolken. Sie lernen, daß sie nicht nur durch den Propagandaapparat in den sozialistischen Staaten irregeführt worden sind, sondern auch durch die westlichen Medien.

Wiederum kommt es darauf an, die Tatsachen nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern zu verstehen und auch theoretisch erklären zu können. Eine Erkenntnis, an der sich viele gerne vorbeimogeln wollten, drängt sich unabweisbar auf: nämlich, daß eine gesunde Wirtschaft Voraussetzung für einen funktionierenden Sozialstaat ist. Sie erwirtschaftet die Steuern und die Beiträge, mit deren Hilfe das Sozialsystem finanziert werden kann. Marktwirtschaft steht nicht in einem Gegensatz zum Sozialstaat, sondern ist seine Grundlage

und Voraussetzung. Das Sozialsystem der Bundesrepublik wurde in den fünfziger und sechziger Jahren von demselben Gesetzgeber aufgebaut, der auch die Grundlagen für die Marktwirtschaft geschaffen hat.

Es ist ja nicht etwa so, daß zwar die damals regierenden Parteien CDU und FDP das Wirtschaftswunder herbeigeführt hätten, jedoch ohne Rücksicht auf die sozialen Folgen, während die SPD das Sozialsystem errichtet hätte. Dazu hatte sie gar keine Mehrheit. Wenn sie es dennoch für sich in Anspruch nimmt, schmückt sie sich mit fremden Federn. Sie hat in den Parlamentsberatungen verdienstvolle Beiträge geleistet, hat aber keinen Anlaß, der CDU das Engagement und die Kompetenz in sozialpolitischen Fragen zu bestreiten. Für diese gehört das moderne Sozialsystem von Anfang an zu den Zwecken der sozialen Marktwirtschaft. Sie hat es geschaffen und danach kontinuierlich fortentwickelt. Auch die SPD hat zur Fortentwicklung, insbesondere des Mitbestimmungsrechts, beigetragen. Da jedoch unter ihrer Regierung die Wirtschaft in Bund und Land im allgemeinen weit weniger floriert, fehlen ihr entsprechend auch Mittel für soziale Aufgaben.

Es gibt nichts Unsozialeres als einen Sozialismus, der die Marktwirtschaft hemmt oder gar grundsätzlich in Frage stellt. Er zerstört die Grundlage und Voraussetzung des Sozialstaates. Er verhindert zwar zugleich, daß die Reichen reicher werden. Wem es wichtig ist, das zu verhindern, der mag am Sozialismus seinen Gefallen finden. Wem der Reichtum der Reichen aber gleichgültig ist, wer es sich vielmehr zum Problem macht, die Armut der Armen zu beheben, der kann nicht Sozialist sein, es sei denn, daß er in Unkenntnis über die elementarsten Zusammenhänge von Wirtschaft und Sozialstaat verharrt.

Die Erkenntnis, daß die Menschen über die ökologischen und die sozialen Zusammenhänge nicht nur im Osten, sondern auch im Westen in die Irre geführt worden sind, ist so erschütternd, daß viele geneigt sind, diese Erkenntnis im Augenblick ihrer Gewinnung sogleich wieder zu verdrängen. Wir müssen uns ihr aber stellen, weil wir nur so die Chance gewinnen, daß die Ereignisse der osteuropäischen Revolution nicht nur Erlebnis bleiben, sondern Erfahrung werden, aus der wir für die Zukunft Lehren ziehen können.

Die „Basis“ liegt im Recht

Wir müssen deshalb über diese beiden Beispiele – Ökologie und Sozialstaat – hinausgehen und die Frage ins Grundsätzliche wenden. Zu den Grundannahmen des sozialistischen Denkens gehört die Lehre von Basis und Überbau: die Produktionsverhältnisse bildeten die Basis, Recht und Verfassungen seien nur ihr „ideologischer Überbau“. Die politischen Institutionen des

demokratischen Verfassungsstaates bildeten nur gewissermaßen einen Ausschuß der bürgerlichen Klasse und dienten ihrem Vorteil auf Kosten der ärmeren Schichten der Gesellschaft. Diese Annahme hat sich als ein fundamentaler Irrtum mit verhängnisvollen Konsequenzen erwiesen.

In Wirklichkeit ist es umgekehrt: die Bedingungen eines menschenwürdigen Lebens hängen entscheidend von Recht und Verfassung ab. Diese bilden die Basis auch für die materiellen Lebensbedingungen. Sie sind die Grundlage für die Freiheit und das demokratische Leben, in dem Unrechtserfahrungen öffentlich zur Geltung gebracht und durch politische und soziale Gestaltung überwunden werden können. Damit sind sie auch Grundlage für den Wohlstand, der wiederum Voraussetzung für Umweltschutz und Sozialstaat ist. Die Menschen in Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und der DDR treten nicht deshalb für den demokratischen Verfassungsstaat ein, damit Kapitalisten Profit erwirtschaften können, sondern deshalb, weil sie die Erfahrung gemacht haben, daß nur auf seiner Grundlage ein menschenwürdiges, freiheitliches, gerechtes und soziales Miteinanderleben aller möglich wird. Wenn sie den Investoren Gewinn gönnen, so deshalb, weil auf diese Weise Wohlstand geschaffen wird, der allen zugute kommt und der auch die Mittel für höhere Sozialleistungen und besseren Umweltschutz erwirtschaftet.

Die Grunderfahrung lautet, daß heute nur dann ein Staat Legitimität besitzt, wenn er Demokratie, Menschenrechte und Gewaltenteilung gewährleistet. Diese drei Elemente gehören zusammen: ein Gesetzgeber und eine Regierung, die ihre Macht nicht auf Demokratie, also auf freie Wahlen gründen, werden von der Bevölkerung nicht akzeptiert. Freie Wahlen aber setzen voraus, daß Menschenrechte gelten, so daß man sich frei und ohne Angst öffentlich äußern und zusammenschließen kann, ohne durch willkürliche Verhaftung, Unterdrückung und Verfolgung bedroht zu sein. Dies aber setzt voraus, daß die Staatsgewalt an die Menschenrechte wirklich gebunden ist. Das ist sie nur in einem gewaltenteilenden Rechtssystem, wo der Exekutivgewalt Verfassung und Gesetze vorgegeben sind, die sie nicht selbst ändern, aufheben oder durchbrechen kann, und wo unabhängige Richter über ihre Einhaltung wachen. Nur wo so der Staat ans Recht gebunden ist, kann er auch an Menschenrechte gebunden sein. Ohne Gewaltenteilung keine Menschenrechtsgeltung, und ohne sie keine Demokratie.

Das ist nicht eine politische Ideologie, die so gut und so schlecht ist wie jede andere, sondern es ist die der Natur des heutigen Menschen mit seiner Ich-Entwicklung und seiner Rationalität allein angemessene Staatsform. Die sozialistische Alternative war die Diktatur durch eine führende Partei. Das ist keineswegs eine Möglichkeit, die ebenfalls Legitimität zu begründen vermöchte, auch nicht, wenn sie den Menschen durch den Propagandaapparat eingehämmert wird. Sie kann sich vielmehr nur angesichts eines brutalen Gewaltapparates durchsetzen, mit dem sich die Menschen, wenn ihnen keine

andere Möglichkeit bleibt, irgendwie arrangieren müssen. Jahrzehnte systematischer Propaganda und Erziehung haben wenig genützt: im ersten Augenblick der Lockerung dieses Zwangsapparates zeigt sich, daß die sozialistischen Systeme nur bei der Herrschafsklasse und im übrigen nur bei Menschen Akzeptanz gefunden haben, die durch Propaganda leicht beeinflufbar waren.

Ein solches System kann sich nur erhalten, wenn es im Zwangsapparat, also in Militär, Polizei und Staatssicherheitsdienst eine „innere Legitimität“ gibt, d. h. wenn wenigstens ihre Mitarbeiter bis zu einem gewissen Grad davon überzeugt sind, daß sie einer guten Sache dienen. Was den demokratischen Aufbruch möglich gemacht hat, war, daß sich die Zweifel an der marxistisch-leninistischen Herrschaftsideologie selbst in diesen Apparat hineingefressen hatten. Die Betriebskampfgruppen waren nicht bereit, Demonstranten niederzuschießen, die sowjetische Armee war nicht mehr bereit, sie mit Panzern niederzuwalzen, in Partei, Polizei und Volksarmee gab es eine Hinhaltechnik. Selbst Gorbatschow, der Generalsekretär der KPdSU, glaubt nicht mehr an die Parteiideologie. Diese hat sich angesichts der gemachten Erfahrungen in ganz Osteuropa selbst zersetzt. Ich vermute, daß es zuletzt unter den neuen Intellektuellen in der Bundesrepublik zahlenmäßig mehr Sozialisten gab als in ganz Osteuropa zusammengenommen.

Entstalinisierung – und Lenin?

In der Sowjetunion tagt allerdings der Oberste Sowjet noch immer unter einem großen Porträt Lenins. Dessen Bild wird ebenso wie das von Marx und Engels nach wie vor in Ehren gehalten, und sein Mausoleum in Moskau ist eine Kultstätte. Auch Gorbatschow beruft sich auf Lenin, während er sich von Stalin distanziert. Dies mag sich vielleicht nur taktisch erklären. In unserem Zusammenhang geht es nur darum, daß die politische und moralische Akzeptanz Lenins nur noch mit Hilfe von Legenden aufrechterhalten werden kann. Diese Legenden lauten etwa so:

Unter dem Zaren habe eine schreckliche Despotie und Armut geherrscht. Deshalb habe Lenin den Zaren gestürzt und den Menschen mehr Freiheit und Wohlstand gebracht. Dann habe Stalin diese Revolution verraten. Nichts von alledem ist wahr.

Zunächst einmal: die Verhältnisse unter dem Zaren genügen zwar bei weitem nicht unseren Maßstäben. Aber sie kamen ihnen weitaus näher als das ihnen nachfolgende Sowjetsystem in allen seinen Phasen. Seit den Reformen in den 1860er Jahren war nicht nur die Leibeigenschaft abgeschafft, sondern es galt auch ein verhältnismäßig rechtsstaatliches System. Zum Beispiel wurde kein Untertan mehr einfach nach Sibirien verschleppt, es sei denn, er sei in

einem ordentlichen Schwurgerichtsverfahren wegen eines nachgewiesenen Verbrechens dazu verurteilt worden. Der Lebensstandard war zwar für die Armen sehr niedrig, aber bei weitem höher als in den Zeiten Lenins, unter dem sich Hungersnot und Verelendung ausbreiteten, und höher als zu allen Zeiten seither. Die Zahl der Hungeropfer des Sowjetsystems ist um ein Vielfaches größer als die der ganzen vorherigen russischen Geschichte zusammengekommen.

Sodann hat Lenin den Zaren nicht gestürzt, sondern er hielt sich zur Zeit seines Sturzes in Zürich auf und reiste erst danach nach Petersburg. Er ließ später den längst zurückgetretenen Zaren mit seiner Familie umbringen und nahm den Kampf gegen Versuche auf, eine parlamentarische Demokratie nach westlichem Vorbild zu errichten. Diese hat er durch seine Revolution gestürzt und durch eine Diktatur ersetzt. Seine Partei hat bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung 23,5% der Stimmen erlangt. Diese Nationalversammlung ließ er bei ihrem ersten Zusammentritt mit Maschinenpistolen sprengen und begründete seine alleinige Macht auf Gewalt. Da dies naturgemäß zu Protesten und Widerstand führte, griff er zu Terror. Im Jahr 1918 erklärte er, es gehe jetzt um „Wege zur Ausrottung und Unschädlichmachung der Parasiten, der Reichen und Gauner, der Tagediebe und Hysteriker unter der Intelligenz und so weiter und so fort ... Kein einziger Gauner, aber auch keiner von denen, die sich vor der Arbeit drücken, darf frei herumspazieren, sondern muß im Gefängnis sitzen oder schwerste Zwangsarbeit verrichten.“ Es gehe um die „Säuberung der russischen Erde von allem Ungeziefer, von den Flöhen – den Gaunern, von den Wanzen – den Reichen usw.“

Am 17. Februar 1918 verfügte ein Gesetz, daß fremde Klassenelemente in „Konzentrationslager“ zu sperren seien. Am 5. September 1918 wurde vom Rat der Volkskommissare unter seiner Leitung das „Dekret über den Roten Terror“ erlassen. Neben Massenerschießungen gebot es auch, „die Sowjetische Republik gegen Klassenfeinde mittels deren Isolierung in Konzentrationslagern abzusichern“: Dieses System der Konzentrationslager wurde von Stalin nur übernommen und weiter ausgebaut. Es liegt in der Natur des Leninschen Despotismus selbst begründet und ist nicht etwa erst durch eine stalinistische Entartung eingeführt worden. Die Distanzierung von Stalin bedeutet deshalb nicht zugleich eine Distanzierung vom Terrorsystem der Konzentrationslager. In Lenin wird vielmehr deren Begründer geehrt.

Das Konzentrationslager ist in unserem Jahrhundert zum Symbol für den Unrechtsstaat schlechthin geworden. Was in der sozialistischen Bewegung im allgemeinen und in der Sowjetunion im besonderen ansteht, ist die vollständige Überwindung des Leninismus. Wenn man von der Überwindung des Stalinismus spricht, so ist dies eine Redeweise mit Hintergedanken: sie bedeutet nämlich zugleich Akzeptanz des Leninismus und damit eines Systems

der Konzentrationslager. Das aber bedeutet, daß Menschenrechte, Gewaltenteilung und Demokratie keine Anerkennung gefunden haben. Die Despotie wird in der Zeit der Perestrojka wesentlich sanfter und rationaler ausgeübt, aber sie ist noch nicht restlos überwunden. Ihre völlige Überwindung wird eines Tages in einem symbolischen Akt sichtbar werden: in der Umbenennung der Stadt Leningrad, die dann wieder den Namen Petersburg führen wird. An diesem Tage wird einer der furchtbarsten Irrwege der Menschheitsgeschichte an sein Ende gekommen sein.

Entlenisierung - und Marx?

Um an die politische Aufklärung wieder anknüpfen zu können, genügt es noch nicht, der Entstalinisierung die Entlenisierung folgen zu lassen. Man muß radikaler ansetzen, also an der Wurzel, die wir bei Karl Marx finden. Gewiß kann man bei Karl Marx manches Interessante und Lehrreiche lesen. Aber der Grundgedanke seiner politischen Konzeption ist ein schrecklicher Irrtum, der in logischer Konsequenz zu Lenin und Stalin geführt hat. Lenin hat Marx im wesentlichen nicht mißverstanden, sondern eine marxistische Revolution durchgeführt, wenn auch die besonderen Umstände nicht den Erwartungen von Karl Marx entsprachen. Es ist gleichwohl durchaus berechtigt, im Leninismus eine Fortentwicklung und Anpassung des Marxismus zu sehen. Beide sind im Marxismus-Leninismus zu einer Einheit verschmolzen. Lenin fußte auf Marx, er hat seine Lehre nicht mißbraucht, ebenso wie Stalin auf Marx und Lenin fußt und ihre Lehren nicht mißbraucht, sondern Konsequenzen gezogen hat, die in ihnen selbst angelegt sind.

Zwar war für Marx die Diktatur des Proletariats nicht Endziel, sondern Durchgangsstadium auf dem Wege zum Absterben des Staates. Er wußte nicht, daß und warum der Staat nicht absterben kann und daß sich die Diktatur dauerhaft etablieren würde. Aber jedenfalls war die Diktatur für ihn unvermeidlich: sie war nicht eine Abweichung von seiner Lehre, sondern eine zwingende Schlußfolgerung aus seinen Prämissen und wurde deshalb von ihm ausdrücklich gefordert.

Deshalb hat Karl Marx auch von einem demokratischen Verfassungsstaat mit seinen drei Grundelementen - Menschenrechte, Gewaltenteilung und Demokratie - nichts gehalten. Sie sind mit der angestrebten Diktatur nicht vereinbar. Nach dem zukünftigen Absterben des Staates aber gebe es eben keinen Staat mehr, den man durch sie binden und organisieren müßte.

Idealistische Sozialisten, die das einsehen, versuchen sich zu retten, indem sie sich auf den jungen Marx berufen. Im Alter sei Marx zwar zu einem zynischen Realpolitiker geworden, aber aus seinen Frühschriften leuchteten die Ideale hervor, an denen es unbedingt festzuhalten gelte. Indessen hat auch

der junge Marx schon seine Ideale in einen sozialistischen Kontext gestellt, der zwischen zwei Pole gespannt war: zwischen einen utopischen Anarchismus „befreier“ Individuen und eine terroristische Diktatur zur Erzwingung dieser „Befreiung“. Über die Menschenrechte in der Verfassung der Französischen Revolution spottete Marx: „Der Mensch wurde nicht von der Religion befreit, er erhielt die Religionsfreiheit. Er wurde nicht vom Eigentum befreit, er erhielt die Freiheit des Eigentums. Er wurde nicht vom Egoismus des Gewerbes befreit, er erhielt die Gewerbefreiheit.“ Dieser Satz findet sich in der Schrift „Zur Judenfrage“ aus dem Jahre 1843, also in einer Frühschrift. Wer den Menschen von Religion, Eigentum und Gewerbe befreien will, muß eine herrschende Klasse etablieren, die ihn unterwirft und entmündigt und die die Macht hat, nicht nur seine Betätigungen, sondern auch sein Denken, Fühlen und Wollen bis in die letzten Fasern hinein zu lenken. Das ist die Idee, die Lenin im Ansatz und Stalin in letzter Konsequenz verwirklichen wollten. Solange man nur entstalinisiert, aber die Wurzel des Übels bei Marx und Lenin nicht ausreißt, kann diese Wurzel immer neue Triebe der Barbarei hervorbringen. Solange gilt auch hier: der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.

Das sozialistische Theoriegebäude wurde zwar kaum studiert und intellektuell durchdrungen. Gleichwohl bildete es mit einigen Grundbegriffen und elementaren Klischees ein Gerüst, in dem sich das politische Denken weiter Kreise auch im Westen bewegte. Der Versuch, diesen Rahmen grundsätzlich in Frage zu stellen, löst als Reaktion ein geradezu verzweifertes Umsichschlagen aus. Man ist nicht bereit, sich alle Ideale, alles mitmenschliche Engagement rauben zu lassen, so als sei Idealismus außerhalb des sozialistischen Denkgebäudes unmöglich, als sei man entweder Sozialist – oder Individualist und Zyniker. Infolgedessen vermag man nicht zu erkennen, daß der vollständige Ausbruch aus den Denkschemata des Sozialismus ein Akt der geistigen Befreiung wäre, der ein humanes Engagement überhaupt erst sinnvoll und fruchtbar macht.

Eines dieser Denkschemata ist die ideologiekritische Grundhaltung, also die Überzeugung, daß, wer nicht Sozialist sei, eine geistig manipulierte Marionette von fremden Kapitalinteressen sei und daß in ihm unaufgeklärt gebliebene Vorurteile nachwirkten, die ihn veranlaßten, an ungerechtfertigten Herrschaftsstrukturen festzuhalten. Dieses ideologiekritische Denkmuster reicht weit über den Kreis versierter sozialistischer Intellektueller hinaus: es prägt weithin die Lebensluft, in der ein großer Teil der politischen Öffentlichkeiten lebt und atmet. Diese Gefangenschaft des Denkens erzeugt das Selektionsschema, das darüber entscheidet, welche Tatsachen in das Bewußtsein aufgenommen oder von ihm abgewiesen werden. Sie blockiert infolgedessen die Fähigkeit, Probleme und Zusammenhänge realistisch zu erkennen. Auf diese Weise versteinern sich Dogmen, die ihren Ursprung im sozialistischen

Denken haben, auch noch über den Zusammenbruch des Sozialismus hinaus.

Ein Beispiel: In zahllosen Köpfen hat sich die Vorstellung festgesetzt, der Westen halte die Dritte Welt durch eine ungerechte Weltwirtschaftsordnung künstlich in Armut und beute sie aus; Entwicklungshilfe sei nur Bluff, es bedürfe einer sozialistischen Weltwirtschaft. Ob es sich wirklich so verhält, läßt sich unter vernünftigen Menschen an und für sich rational erörtern. Tatsächlich ist ja die Frage, wie man den armen Völkern am wirksamsten helfen kann, Gegenstand sachlicher wissenschaftlicher und politischer Diskussion. Doch wer sich an dieser Diskussion mit rationalen Argumenten beteiligt, macht sich verdächtig, er gilt als „konservativ“ und damit als ideologiebefangen.

Jeder von uns macht häufig folgende Erfahrung: Man bringt in irgendwelchen Sachzusammenhängen ein Argument und stellt es zur Diskussion, in der Meinung, durch Argument und Gegenargument werde sich klären, ob es richtig oder falsch sei. Die Antwort darauf ist aber nicht etwa ein Gegenargument, sondern eine Einordnung der Person des Sprechenden: Z. B. „Sie sind nach rechts gerückt und konservativ geworden“ – oder dergleichen. Das vorgegebene sozialistische Denkschema macht unfähig zur Erörterung von Sachargumenten; es läßt den darin Gefangenen nur die Möglichkeit, die Person des Argumentierenden in das politische Spektrum von links bis rechts einzuordnen und damit zu qualifizieren: je linker desto besser, je konservativer desto schlechter. Durch diese Bornierung schließen sich große Gruppen von an und für sich intelligenten und idealistisch engagierten Menschen aus der öffentlichen Diskussion entscheidender politischer Grundfragen selbst aus.

Mit dem Ende des Sozialismus beginnt dieses geistige Gefängnis hier und da gelegentlich zu bröckeln. Zusammengebrochen ist es noch nicht.

Marktwirtschaft und persönliche Freiheiten

Die demokratische Revolution in Osteuropa hat uns nicht nur mit eindringlicher Wucht vor Augen geführt, daß der Mensch Menschenrechte, Gewaltenteilung und Demokratie erstrebt, weil dies die der menschlichen Natur angemessene Verfassungsform ist. Er strebt, wenn sein Denken nicht durch Neid und Ideologie beeinflusst ist, auch außerhalb dieses Rahmens nach einer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsform und deshalb nach den besonderen Freiheiten, die für sie die Voraussetzung bilden: Privateigentum auch an Produktionsmitteln, Gewerbefreiheit, Berufsfreiheit, Vertragsfreiheit, Unternehmensfreiheit usw. Diese Freiheiten haben zwar nicht dieselbe fundamentale Bedeutung wie etwa das Menschenrecht auf Schutz vor willkürlicher Verhaftung. Aber wirklich frei ist ein Land erst dann, wenn auch

diese Freiheiten gewährleistet sind. Der Grund für die marktwirtschaftliche Freiheit ist gewiß in erster Linie, daß auf diese Weise Wohlstand geschaffen wird und daß auf dessen Grundlage die Lösung ökologischer und sozialer Probleme möglich wird. Aber die Marktwirtschaft hat darüber hinaus noch einen weiteren Grund. Sie ist auch ein wesentlicher Faktor für die persönliche Freiheit, und zwar nicht nur für die Freiheit des Unternehmers und Gewerbetreibenden, sondern für die Freiheit von jedermann. Diese Tatsache ist in unserem öffentlichen Bewußtsein wenig lebendig. Man kann sie aber verstehen, wenn man sich die Gründe dafür vergegenwärtigt.

Der erste und wichtigste Grund ist, daß die Marktwirtschaft ein wesentliches Element der Gewaltenteilung ist. So groß auch die Marktmacht einzelner Großunternehmer sein mag, es gibt, wie man in jedem Branchenverzeichnis des Telefonbuchs sehen kann, eine große Zahl von ökonomischen Entscheidungszentren und eine riesige Zahl von kleinen und mittleren Unternehmen. Allein die Tatsache der unendlichen Zersplitterung des Eigentums an Produktionsmitteln gewährleistet, daß keines von ihnen den Menschen ganz beherrschen kann. Wo aber, wie im Sozialismus die Verfügungsmacht über die Produktionsmittel bei einer Herrschaftsklasse konzentriert ist, gewinnt diese damit weit mehr Macht über die Menschen, als die vielen konkurrierenden Privatunternehmer je ausüben könnten. Auch aus diesem Grunde haben die Lehrer der Marktwirtschaft stets großen Wert darauf gelegt, daß es nicht zur Bildung von Monopolen und Oligopolen kommt, sondern daß der Marktwirtschaft ein Ordnungsrahmen vorgegeben ist, der die Aufrechterhaltung des Wettbewerbs sicherstellt.

Hinzu kommt, daß die zersplitterte Macht, die den Unternehmern immerhin verbleibt, auch in ihren Inhalten sehr beschränkt ist, während die zentralistische Macht in der sozialistischen Wirtschaft umfassend ist. Die Macht des Unternehmers über die Preisbildung ist durch den Wettbewerb beschränkt, die Macht über seine Angestellten und Arbeiter durch Arbeitsrecht, Betriebsverfassung und Mitbestimmung. Die politische Macht des Einflusses auf Gesetzgeber und Regierung besteht zwar, aber bei weitem nicht in dem Maße, wie es die sozialistischen Legenden uns einreden wollen. Hiernach soll diese Macht darauf gerichtet sein, die Entwicklung des Sozialstaats, des Arbeitsrechts, der Mitbestimmung, der Umweltschutzgesetze usw. zu verhindern. Wenn diese Macht tatsächlich so groß wäre – wie hätte es dann zu allen diesen Gesetzen kommen können? Sie sind doch eine Wirklichkeit, und diese zeigt, daß der demokratische Gesetzgeber, der sich über solche Einflüsse hinweggesetzt hat, dazu in der Lage gewesen sein muß. Wenn er trotzdem den Unternehmensverbänden und den Arbeitgeberverbänden Gelegenheit zur Anhörung gibt, dann muß auch das nicht unbedingt dazu führen, daß der soziale und ökologische Fortschritt gehemmt wird. Die Anhörung kann vielmehr auch die Bedeutung haben, daß der Gesetzgeber Sachzusammenhänge

kennenlernt, damit er keine Fehler macht, die den Wohlstand, den Sozialstaat und den Umweltschutz gefährden könnten. Das Mißtrauen gegen den demokratischen Gesetzgeber, der von der Wirtschaft gekauft werde, kann hier und da einmal berechtigt sein. Im großen und ganzen aber zeugt es eher von ideologischer Befangenheit als von Realitätssinn.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe von weiteren Freiheiten, die wir der Marktwirtschaft verdanken. Die hunderte privaten Verlagsunternehmen, die die verschiedensten geistigen, politischen, religiösen und weltanschaulichen Strömungen und Interessen repräsentieren, gewährleisten den geistigen Pluralismus. Im Sozialismus hingegen wird das Verlagswesen bürokratisch verwaltet und ist von der Papierzuteilung der zentralen Planungsbehörde abhängig. Ohne geistige Freiheit, ohne eigene Verlage und Zeitungen gibt es auch keine politische Freiheit und keinen demokratischen Pluralismus.

Ferner hat auch der Arbeiter in der Marktwirtschaft das Recht, seinen Arbeitsplatz zu wechseln – ein Freiheitselement, das seinen Aktionsradius unter Umständen erheblich erweitern kann. Ferner gehören zu den marktwirtschaftlichen Freiheiten auch die Gewerkschaftsrechte, insbesondere das Streikrecht, das es in einem konsequenten Sozialismus nicht geben kann. Schließlich wären auch die Rechte eines demokratischen Parlaments und damit der politischen Parteien in einem konsequenten Sozialismus erheblich beschränkt: was durch den Plan festgelegt ist, kann nicht durch politische Entscheidungen geändert werden, ohne daß das ganze Wirtschaftsgefüge in Konfusion und möglicherweise in Katastrophen stürzen würde. Schließlich gehören zu den Freiheiten, die wir der Marktwirtschaft verdanken, auch die Rechte des Konsumenten. Er entscheidet, welche Bedürfnisse für ihn welche Rangfolge haben, was ihm wichtig und wünschenswert erscheint. Seine Bedürfnisse werden weder durch die Planungsbehörde noch durch Arbeiterselbstverwaltung der Produzenten definiert, sondern das Angebot des Marktes orientiert sich an der Nachfrage des Bürgers und gewährleistet auch damit seine Freiheit.

Die drei Grundwahrheiten

Wir stehen am Anfang eines großen Lernprozesses. Denkgewohnheiten lassen sich wie alle Gewohnheiten nur langsam überwinden. Das gilt um so mehr, wenn sich mit ihnen sowohl Parteiinteressen als auch Prestigefragen verbinden. Es gibt Abwehrmechanismen und psychologische Blockaden, die den Lernprozeß hemmen und verzögern. Erkenntnisse setzen sich nicht von heute auf morgen, aber auf längere Sicht meistens doch durch. Abraham Lincoln sagte: Man kann alle Leute für begrenzte Zeit zum Narren machen und einige auch auf Dauer, aber nicht alle auf Dauer. Die politischen Aufklärer

vertrauten stets auf die sanfte Kraft der Wahrheit, die sich als stärker erweist als die gegenläufigen Macht- und Prestigeinteressen, und sie lehrten: die Wahrheit wird sich durchsetzen.

Eine der Wahrheiten, die sich durchsetzen wird, lautet: Legitimität gibt es heute nur noch auf der Grundlage von Menschenrechten, Gewaltenteilung und Demokratie. Eine andere Wahrheit lautet: zu den Voraussetzungen der Freiheit gehört auch die soziale Marktwirtschaft. Eine dritte Wahrheit lautet: die soziale Marktwirtschaft ist darüber hinaus eine Mindestvoraussetzung des Wohlstands, und damit die Grundlage für die Lösung sozialer und ökologischer Probleme. Der Sozialismus wollte zu diesen drei Wahrheiten oder wenigstens zu einer oder zu zweien von ihnen Alternativen anbieten. Die Alternative zur Wahrheit aber ist die Unwahrheit. Macht man die Unwahrheit zur Grundlage des politischen und wirtschaftlichen Handelns, so führt dies zwangsläufig ins Unglück. Wenn es der Aufklärung gelingt, daß die Ursachen dieses Unglücks wirklich verstanden und nie mehr vergessen werden, dann ist der Sozialismus in der Welt endgültig und unwiederbringlich überwunden.

Zur Person des Verfassers

Dr. jur. Martin Kriele, o. Professor für Öffentliches Recht, Direktor des Seminars für Staatsphilosophie und Rechtspolitik an der Universität zu Köln.